

WPE5 Unsere Forderungen an das Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller*in: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am:
10.04.2026)

Tagesordnungspunkt: TOP 3.2 Anträge an das Wahlprogramm
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, folgende Forderungen im
2 Landtagswahlprogramm der Grünen zu verankern. Der Landesvorstand wird
3 beauftragt, entsprechende Anträge an den Landesparteitag zu stellen und die
4 Verhandlungen mit der Antragskommission im Sinne der GRÜNEN JUGEND zu führen:

5 Noten abschaffen

6 Druck raus aus der Schule! Für eine zeitgemäße Lernkultur

7 Das derzeitige Notensystem erzeugt erheblichen Leistungsdruck, verstärkt soziale
8 Ungleichheiten und trägt zur psychischen Belastung vieler Schüler*innen bei.
9 Wir fordern daher, dass das Land Sachsen-Anhalt das bestehende Bewertungssystem
10 an Schulen grundlegend weiterentwickelt mit dem Ziel, Noten abzuschaffen und
11 stattdessen auf dialogorientierte Rückmeldungsformate zu setzen. Dabei sollen
12 individuelle Lernfortschritte stärker in den Mittelpunkt gestellt und
13 Schüler*innen durch konstruktives Feedback unterstützt werden, anstatt sie durch
14 standardisierte Bewertungen unter Druck zu setzen.

15 Zu einem umfassenden Systemwechsel gehört für uns zudem die Abschaffung des
16 "Sitzenbleibens", da auch dieses mit erheblichem Druck und einer Kategorisierung
17 der Schüler*innen einhergeht. Es liegt in der Verantwortung der politischen
18 Entscheidungsträger*innen und der Gesellschaft, dass Rahmenbedingungen im
19 Schulwesen geschaffen werden und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt
20 werden, die es jedem/jeder Schüler*in bedarsgerecht gefördert zu werden. Die
21 Wiederholung einer Klassenstufe darf hierbei keine Option sein.

22 10/20/60-Takt

23 Verlässliche Mobilität für alle! ÖPNV in Sachsen-Anhalt flächendeckend ausbauen

24 Der öffentliche Nahverkehr in Sachsen-Anhalt ist vielerorts unzuverlässig,
25 unzureichend ausgebaut oder gar nicht vorhanden. Insbesondere im ländlichen Raum
26 führt dies zu eingeschränkter Mobilität und sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig
27 ist ein gut ausgebauter ÖPNV eine zentrale Voraussetzung für wirksamen
28 Klimaschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

29 Das Land Sachsen-Anhalt muss daher sicherstellen, dass jeder Ort im Bundesland
30 mindestens einmal pro Stunde an den öffentlichen Nahverkehr angebunden ist.
31 Darüber hinaus wird der ÖPNV so ausgebaut, dass S-Bahn-Linien in einem 20-
32 Minuten-Takt sowie Straßenbahnen und innerörtlicher ÖPNV in den kreisfreien
33 Städten in einem 10-Minuten-Takt verkehren. Hierfür sind die notwendigen
34 Investitionen in Infrastruktur, Personal und Betrieb konsequent auszubauen.

35 **Kostenfreier ÖPNV**

36 Mobilität für alle ermöglichen! Schrittweise zum kostenfreien ÖPNV in Sachsen-
37 Anhalt

38 Der Zugang zu Mobilität entscheidet über gesellschaftliche Teilhabe.
39 Gleichzeitig stellen steigende Ticketpreise für viele Menschen eine finanzielle
40 Hürde dar und behindern die notwendige Verkehrswende.
41 Ein gut ausgebauter und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr ist daher zentral
42 für soziale Gerechtigkeit und wirksamen Klimaschutz.

43 Das Land Sachsen-Anhalt soll deshalb schrittweise einen kostenfreien
44 öffentlichen Nahverkehr für alle Einwohner*innen einführen. Die Einführung soll
45 dabei mit der kostenfreien Nutzung des ÖPNV für junge Menschen, Menschen mit
46 geringen Einkommen, Sozialhilfeempfänger*innen oder
47 Asylbewerberleistungsgesetzempfänger*innen sowie Rentner*innen beginnen
48 und darauf aufbauend schrittweise auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet
49 werden. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, alle Menschen unter 27
50 Jahren, Sozialhilfeempfänger*innen sowie Rentner*innen sollen in einem ersten
51 Schritt vollständig von Fahrkosten befreit werden.
52 Der Zugang soll dabei einfach und zuverlässig über bestehende Nachweise sowie
53 altersbezogene Identifikationsmöglichkeiten gewährleistet werden.

54 **Wahlalter 14**

55 Demokratie für alle Generationen! Wahlalter auf 14 Jahre absenken

56 Junge Menschen sind von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen, werden
57 bislang aber nur unzureichend an demokratischen Prozessen beteiligt. Eine

58 lebendige Demokratie lebt jedoch davon, dass alle Generationen die Möglichkeit
59 haben, ihre Perspektiven einzubringen und politische Entscheidungen
60 mitzugestalten.

61 Das aktive Wahlalter in Sachsen-Anhalt soll deshalb auf 14 Jahre abgesenkt
62 werden. Dies gilt für alle Wahlen auf Landes- und kommunaler Ebene in Sachsen-
63 Anhalt.

64 Junge Menschen sind politisch interessiert, informiert und in der Lage, sich
65 eine eigene Meinung zu bilden. Bereits heute engagieren sie sich in vielfältigen
66 gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen und übernehmen Verantwortung.
67 Hinzu kommt, dass durch die demografische Struktur Sachsen-Anhalts junge
68 Menschen ohnehin strukturell benachteiligt werden. Menschen über 60 stellen die
69 größte Wähler*innengruppe. Ein geringeres aktives Wahlalter wäre zumindest ein
70 erster Schritt, um die strukturelle Unterrepräsentation der jungen Generation zu
71 verringern. Eine Absenkung des Wahlalters stärkt demokratische Beteiligung,
72 fördert politische Bildung und sorgt dafür, dass die Interessen junger Menschen
73 stärker in politische Entscheidungen einfließen.

74 **Kostenlose Bildung**

75 Gleiche Chancen für alle! Bildung kostenfrei gestalten

76 Für viele Kinder und Jugendliche ist der Schulalltag von finanziellen Hürden
77 geprägt. Fehlendes Geld für Mittagessen, Lernmaterialien, notwendige
78 Hygieneprodukte oder das Fernbleiben von Ausflügen oder Klassenfahrten führt zu
79 sozialer Ausgrenzung und erschwert gleichberechtigte Bildungschancen. Bildung
80 darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer
81 sozialen Herkunft die gleichen Voraussetzungen für Teilhabe und Lernen haben. Im
82 Wahlprogramm der Grünen ist die kostenfreie Bereitstellung von Lernmaterialien
83 bereits verankert. Dies ist jedoch nicht umfassend genug, da auch die Kosten von
84 Essen, Hygieneprodukten und Klassenausflügen und -fahrten über die
85 gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht entscheiden.

86
87
88 Wir fordern daher, den entsprechenden Passus im Grünen Wahlprogramm um folgenden
89 Punkt zu erweitern:

90 Das Land Sachsen-Anhalt soll sicherstellen, dass an allen Bildungseinrichtungen
91 kostenfreies und gesundes Essen sowie die kostenfreie Bereitstellung von
92 Hygieneprodukten, insbesondere Menstruationsprodukten gewährleistet wird. Weiter
93 sollen Klasenausflüge und -fahrten nicht vom Geldbeutel des Elternhauses
94 abhängen und vom Land übernommen werden.

95 **Jugendparlamente**

96 Junge Stimmen stärken! Jugendparlamente flächendeckend einführen

97 Junge Menschen werden in politischen Entscheidungsprozessen häufig nicht
98 ausreichend gehört, obwohl sie von vielen Entscheidungen unmittelbar betroffen
99 sind. Eine lebendige Demokratie braucht die Perspektiven aller Generationen.
100 Politische Beteiligung muss daher früh ermöglicht und aktiv gefördert werden.

101 Das Land Sachsen-Anhalt schafft die Voraussetzungen dafür, dass Jugendparlamente
102 und vergleichbare Beteiligungsformate flächendeckend im gesamten Land etabliert
103 und gestärkt werden. Wir fordern daher, das Kommunalverfassungsgesetz so zu
104 ändern, dass die Gründung von Kinder- und Jugendräten für Kommunen über 25.000
105 Einwohner*innen und alle Kreisstädte verpflichtend wird. Die Gründung von
106 Jugendparlamenten in kleineren Kommunen soll vom Land durch organisatorische und
107 finanzielle Unterstützung gefördert werden. In allen Kommunen soll zudem die
108 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch weitere Formate ermöglicht
109 werden. Bei Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf junge Menschen oder die
110 Infrastruktur junger Menschen haben, müssen die Jugendparlamente verpflichtend
111 befragt werden und erhalten ein Vetorecht. Weitere Formen der Jugendbeteiligung,
112 die über die Jugendparlamente hinausgehen, sind wünschenswert und werden vom
113 Land unterstützt. In Kommunen ohne Jugendparlament müssen diese Kommunen
114 alternative Formate etablieren, um Jugendliche in Entscheidungsprozesse
115 einzubinden.

116 **Wohnheime**

117 Die Wohnkosten steigen auch in Sachsen-Anhalt. Gerade junge Menschen sind
118 besonders häufig von den steigenden Kosten für die Miete betroffen. Wir fordern
119 deshalb, neue gemeinsame Wohnheime für volljährige Studierende und Auszubildende
120 zu schaffen. Dies soll es allen jungen Menschen ermöglichen, eine günstige
121 Wohnung zu bekommen. Zugleich soll durch gemeinsame Wohnheime auch der Austausch
122 beider Gruppen gefördert werden.

123 **Psychische Gesundheit**

124 Junge Menschen leiden immer häufiger unter psychischen Erkrankungen. Die Gründe
125 hierfür sind vielfältig, immer größerer Druck in Schulen und den Sozialen
126 Medien, ebenso wie Zukunftsängste durch die allgemeine Weltlage. Besonders seit
127 der Coronapandemie ist die Zahl der Erkrankungen in diesem Bereich noch einmal
128 massiv angestiegen. Dies führt zu Überlastung der bestehenden
129 psychotherapeutischen Praxen und unzumutbar langen Wartezeiten.

130 Sachsen-Anhalt muss sich deshalb für einen Ausbau der psychotherapeutischen
131 Betreuung und die Ausweisung neuer Kassensitze im Bereich der psychologischen
132 Gesundheitsversorgung einsetzen. Zudem sollen die Aufklärung über psychische
133 Erkrankungen, sowie die Beratungsangebote im Land ausgebaut werden. Das Land
134 soll entsprechende Initiativen finanziell und administrativ unterstützen.